



Rede von
Guido van den Berg MdL

zum Antrag:

**„Klimawandel ernst nehmen – Kohleausstieg jetzt! –
Gesundheitsschutz vor Lobby-Interessen“**

der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/53

**am Freitag, 15. September 2017
im Landtag von Nordrhein-Westfalen
in Düsseldorf
(in APr 17/8)**

www.guido-vandenberg.de

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Plonsker. – Wie Sie gemerkt haben, liebe Kolleginnen und Kollegen, war das die erste Rede von Frau Kollegin Plonsker. Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege van den Berg.

Guido van den Berg (SPD): Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich will Frau Kollegin Plonsker meine Glückwünsche zu ihrer ersten Rede hier im Hohen Haus ausdrücklich ausrichten.

Ich hatte gehofft, dass sie noch ein bisschen mehr auf Armin Laschet eingeht, der vorgestern eine Regierungserklärung abgegeben und sich sehr klar, Herr Löttgen, zu dem Thema geäußert hat. Ich zitiere:

„Damit das hier – für das Protokoll – ein für alle Mal festgestellt wird, sage ich: Jedes Braunkohleloch, jedes Abbaggern bis zum Jahre 2045 in Garzweiler, in Hambach oder wo auch immer geht auf einen Beschluss rot-grüner Regierungen der letzten Jahrzehnte zurück.“

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Er hat das noch mehr betont und gesagt: Das waren Ihre Beschlüsse. – Das hat er mehrfach betont.

Ich sage Ihnen dazu, Herr Löttgen: Das ist zutreffend. Und ich sage auch: Das ist ein Zeugnis verantwortungsvoller Politik, die wir in Nordrhein-Westfalen betrieben haben.

(Zuruf von der CDU)

– So ist es.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Zum Antrag der Grünen will ich Folgendes sagen: Wir haben das Problem, dass an dieser Stelle viel Bewegung in der grünen Politik ist. In Wahrheit haben wir es bei Ihnen, wenn ich es richtig überblicke, mit vier verschiedenen Beschlusslagen zu tun, Kollegin Brems.

Die erste Beschlusslage ist die Ihrer Bundespartei. Sie haben auf dem Bundesparteitag – bei Ihnen heißt das etwas anders – beschlossen, bis zum Jahre 2030 aus der Braunkohle aussteigen zu wollen. Kollege Priggen, der früher hier im Landtag saß, hat dazu zutreffend gesagt, der Beschluss sei Unfug, das könne man selbst unter einer grünen Alleinregierung nicht realisieren.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Wo er recht hat, hat er recht!)

Dann haben die NRW-Grünen eine zweite Position auf Landesebene herbeigeführt. Da heißt es jetzt: Ausstieg bis zum Jahre 2037.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Das ist auch realistisch!)

Damit sind wir drei bis acht Jahre von 2040, 2045 entfernt. Wir reden über Einschätzungen in 20 Jahren, meine Damen und Herren. Das ist wohl des Pudels Kern

an der ganzen Geschichte und zeigt, mit welcher Verve diese Auseinandersetzung geführt wird.

Kurz vor der Bundestagswahl legen Sie jetzt einen Antrag vor und sagen uns: 20 weitere Blöcke abschalten. – Das ist die dritte Position.

Die vierte Position, an die ich Sie leider erinnern muss, ist das reale Regierungshandeln, die reale Regierungspolitik.

(Zuruf von Matthi Bolte-Richter [GRÜNE])

– Kollege Bolte, erinnern Sie sich an die Leitentscheidung. Im Leitsatz 1, der von der Partei der Grünen, aber vor allen Dingen auch von Ihren Kollegen im Landeskabinett so beschlossen worden ist, steht – ich zitiere –:

„Braunkohlenabbau ist im Rheinischen Revier weiterhin erforderlich, dabei bleiben die Abbaugrenzen der Tagebaue Inden und Hambach unverändert ...“

Das hat die grüne Partei in Regierungsverantwortung beschlossen.

(Zuruf von der FDP: So viel zum Thema „Planungssicherheit“!)

Welche dieser vier Positionen soll ich mir nun aussuchen, Frau Kollegin Brems? Das ist für meine Begriffe das wahre Problem. Da hat auch Frau Kollegin Plonsker eindeutig recht. Es delegitimiert Sie ein bisschen und macht Sie unglaubwürdig, wenn Sie etwa bei Demonstrationen, Klimacamps und Ähnlichem auftreten. Da muss man schon redlich bleiben.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Herr Laschet hat in seiner Regierungserklärung gesagt:

„Der Wandel ist kein Ausstiegswandel, sondern ein Einstiegsethos in unsere Gesellschaft.“

Herr Wirtschaftsminister Pinkwart, ich habe mich dann schon gewundert, warum das so wenig Einfluss auf Ihre Politik und Ihre ersten Ausführungen zu dem Thema genommen hat.

(Beifall von Michael Hübner [SPD])

In der „Aachener Zeitung“ vom 2. September 2017 ist zu lesen:

„Der neue NRW-Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) sieht Chancen, das Klimaziel der rot-grünen Vorgängerregierung sogar zu übertreffen. Es sei möglich, bis 2020 im Vergleich zu 1990 die CO₂-Emissionen um mehr als 25 % zu reduzieren, sagte Pinkwart gestern. Dazu beitragen könne bei flankierenden Hilfen von EU und Bund eine Verringerung der Braunkohlekapazitäten über das bisher beschlossene Maß hinaus. Er könne sich vorstellen, noch mehr als nur fünf Kraftwerksblöcke herauszunehmen, sagte Pinkwart.“

Lieber Kollege Brockes – Wo ist er denn? Da hinten! –, ist das jetzt der entfesselte Ausstiegsethos der FDP? Herr Brockes, seit wann ist das Ihre Position? Mir war das eine völlig neue Positionierung der Freien Demokraten in dieser Frage. Sie haben gleich Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen.

(Beifall von der SPD)

Ich will die Zeit auch nutzen, um zu unserer Position etwas zu sagen. Wir brauchen jetzt keine Debatte um ein neues Kohleausstiegsdatum. Die Wahrheit ist, dass wir jetzt fünf Blöcke in die Sicherheitsbereitschaft geben, die dann sukzessive abgeschaltet werden; das bedeutet 15 % CO₂-Einsparungen im Rheinischen Revier.

Hinzu kommt, dass der Tagebau Inden und das Kraftwerk Weisweiler bei Karl Schultheis vor der Tür abgeschaltet werden. Wenn man darunter einen Strich zieht, werden wir bis zum Jahr 2030 im Rheinischen Revier 40 % bis 50 % CO₂-Reduktionen in der Braunkohle haben. Zeigen Sie mir einen anderen Sektor oder zeigen Sie mir bei der Mobilität, bei der Wärme, beim Wohnen oder bei der Landwirtschaft einen anderen Bereich, der solche CO₂-Einsparungen liefert. Das gibt es nicht.

Wir haben an dieser Stelle eine klare Vorleistung, die erbracht wird. Ich denke, es ist richtig, zu sagen:

Lasst uns mal im Jahr 2030 schauen, wie weit wir dann mit dem weiteren Aufwuchs erneuerbarer Energien sind.

Lasst uns mal schauen, wie weit wir dann mit der Speichertechnologie sind, die in großen Teilen noch entwickelt werden muss.

Lasst uns schauen, wie weit wir mit dem Netzausbau sind, und lasst uns schauen, wie viel Kohle wir dann noch für die Stromerzeugung oder vielleicht auch für intelligentere Dinge benötigen – ich sage nur: stoffliche Nutzung von Braunkohle als Rohstoff für die chemische Industrie.

Das ist viel intelligenter, als diese Themen jetzt mit immer neuen Ausstiegsforderungen anzugehen.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Die CDU-Position ist eine andere. Ich weiß nicht, wer von Ihnen das Sommerinterview der Bundeskanzlerin im ZDF angeschaut hat.

(Zuruf: Gute Güte, nein!)

Frau Merkel hat zur Feststellung, dass sie möglicherweise das 40%-Ziel 2020, bezogen auf 1990, nicht einhalten könne, erklärt, man könne dann ja in der kommenden Wahlperiode über ein Kohleausstiegsdatum sprechen. Frau Plonsker, war das eine Einladungskarte an künftige Koalitionspartner? So viel zur Standhaftigkeit der CDU an dieser Stelle.

Da muss man klar Kante zeigen. Man muss deutlich machen, dass man den Reduktionsplan, der beschlossen ist und der bedeutet, dass 1.500 Arbeitsplätze hoffentlich sozialverträglich abgebaut werden, nicht mit immer neuen nationalen

Klimaschutzzielen konterkariert. In Wirklichkeit stimmt unser Braunkohlefahrplan sehr gut mit den nationalen Klimaschutzzielen überein.

Was nicht zusammenpasst – da hat Frau Kollegin Plonsker völlig recht – sind die nationalen Klimaschutzziele und das europäische Handelssystem, weil der Kohleausstieg an dieser Stelle quasi zu einer Doppelregulierung führen würde. Wir würden mit jeder Kohlemenge, die wir mit nationalen Maßnahmen zusätzlich einsparen, dafür sorgen, dass Erzeugung und Emissionen in andere europäische Nachbarländer verschoben werden.

Wir würden außerdem – das wird wenig betrachtet – auch einen Preiseffekt auslösen, weil wir einen dämpfenden Effekt auf den CO₂-Preis künstlich erwirken. Ich finde das doppelt kontraproduktiv und – ich muss es auch einmal so sagen – außerdem antieuropäisch, weil Sie hier bewusst europäische Steuerungsmechanismen hintertreiben.

Wir fordern deshalb klar: Ende Gelände für ideologische Symbolpolitik auf Kosten von Beschäftigten und deren Familien, die in Wahrheit gar nichts für den Klimaschutz bewirken. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege van den Berg. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Brockes das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

* * *